

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 4/22

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Zerstörung der Ukraine und schlimme Folgen auch für uns?

Der Frühling kam und mit ihm ein Ende vieler Corona-Beschränkungen. Viele Menschen hatten gehofft, dass damit wieder mehr Normalität zurückkehren würde und das Leben sowie größere Teile der Wirtschaft sich erholen und neu aufstellen würde. Allerdings hatten die weltweiten Pandemiemaßnahmen Lieferketten bereits empfindlich gestört und die Inflation war zurückgekehrt, befeuert durch rapide steigende Energiekosten. Die EZB glaubt immer noch blauäugig, dies sei ein nur vorübergehendes Phänomen und weigerte sich, den Leitzins anzuheben.

Dann am 24. Feb. das Unfassbare: Putin ließ sein Militär die Ukraine überfallen und weil die Ukrainer nicht mit wehenden Fahnen in das großrussische Neuzarenreich eingegliedert werden wollten, läßt er seit nun zwei Monaten Land und Leute zerstören in einem Ausmaß, wie man es in Europa für nicht mehr möglich gehalten hatte. Der gesamte Westen belegte Russland mit Wirtschaftssanktionen, denn militärischer Beistand für die



Ukraine gegen die Atommacht Russland hätte zum Weltkrieg führen können. Ganze Städte liegen in Trümmern, mehr als zehn Millionen Menschen sind auf der Flucht, immer neue barbarische russische Kriegsverbrechen kommen ans Licht. Aber das Bild, das die deutsche Politik abgibt, ist zwiespältig. Der Krieg gegen die Ukraine ist die größte Bewährungsprobe des Westens seit dem Umbruch 1989/90. Versagen wir vor dieser Herausforderung,

brechen finstere Zeiten für Europa an. Bisher wurde die deutsche Politik ihrer Verantwortung dabei nicht gerecht. Die Ukraine ist fast doppelt so groß wie Deutschland und hatte vor Russlands Zerstörungssorgen ca. 45 Mio. Einwohner. Aus der Ukraine kommen wichtige Rohstoffe, industrielle Vorprodukte und vor allem Lebensmittel.

Es drohen sehr schwierige Zeiten wie seit Jahrzehnten nicht!

Zu den bereits gestörten Lieferketten durch die Pandemiemaßnahmen weltweit hat Russlands Überfall auf die Ukraine gravierende Auswirkungen auch auf die weltweite Nahrungsmittelversorgung, was sich im Laufe des Jahres noch verheerend als Hungerkrisen zeigen wird. Dann erzeugte Chinas Total-lock-down des weltgrößten Hafens in Shanghai zusätzliche massive Hindernisse und Belastungen der gesamten globalen Lieferketten. Indonesiens Exportstopp für Palmöl vergrößert das Chaos. Andere Länder könnten folgen, zumindest um wie Argentinien bei Soja die Preise massiv in die Höhe zu treiben. Auch in Deutschland sind die Vorboten der Weltwirtschaftskrise bereits überdeutlich mit explodierender Inflation, leeren Supermarktregalen, Stillständen u.v.m..



Landtagswahl in NRW im Mai im Windschatten globaler Krisen

Die Düsseldorfer Parteien "glänzten" bisher leider mehr mit Nabelschau oder unnützem Gezänk als mit realen Konzepten gegen die heraufziehende Megakrise.

Auf den folgenden Seiten:

- MBI-Vorschläge Schulstandorte bei steigenden Schülerzahlen S. 2
- Hurra! Straßenbaubeitrag wird auch in NRW endlich abgeschafft! S. 3
- MBI lehnen "Floating homes" mit schwimmendem Radhotel an der MüGa strikt ab! S. 3
- Wochenlange Straßenblockade vor dem Ausländeramt war völlig unnötig S.3
- "Legendärer" Fahrradaufzug am RS1 mal wieder kaputt! S.3
- Putin hat eine Zeitenwende herbeigebombt und eine epochale Wirtschaftskrise droht!..... S. 4

MBI-Vorschläge Schulstandorte bei steigenden Schülerzahlen

Der neue Bildungsentwicklungsplan für Mülheim, der anhand eines Gutachtens des sozialwissenschaftlichen Beratungsunternehmens Gebit erstellt wurde, soll in der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses und in der Ratssitzung im Juni diskutiert und beschlossen werden. Die MBI verschickten im Vorfeld dazu:

"Wir reichen hiermit weitere Fragen zum Schulentwicklungsplan ein, bitten aber dieses Mal um zügigere Beantwortung, so dass wir uns damit mit dem zweifelsohne erforderlichen Zeitaufwand auch vor der nächsten Ausschusssitzung intensiver befassen werden können.

1.) Im Ausschuss wurde von einer Überbelegung von Klassen der weiterführender Schulen zwischen 33 und 44% berichtet.

■ Welche Auswirkungen hat das auf die Prognosewerte der GEBIT und damit auf die Bedarfe an Schulraum und Klassenanzahl für welche Form der weiterführenden Schulen im einzelnen? Inwieweit ist die Problematik bei der Schulentwicklungsplanung mit eingeflossen und wie soll das dauerhaft verringert werden?

2.) Der bisher von der GEBIT prognostizierte Höchststand an Schülerzahlen soll 2026 sein. Unabhängig von unseren Bedenken dazu in unseren vorherigen Fragen: Falls dieser Peak doch erst ein oder mehrere Jahre später eintritt, was wird das für die im Schulentwicklungsplan empfohlenen Maßnahmen bedeuten?

■ Welche Auswirkungen auf die gesamten Schülerzahl-Prognosen sind durch die Flüchtlingsproblematik zu erwarten?

3.) Die GEBIT läßt einigermäßen offen, ob zusätzliche Schulgründungen notwendig sein werden. Unabhängig von der Frage, ob und wofür die Politik sich letztendlich entscheiden wird, wären wir dankbar für eine deutlichere und dringendere Empfehlung, ob Mülheim eine 4. Gesamtschule einrichten muss und ob mindestens eine zusätzliche Grundschule erforderlich sein wird.

4.) Mögliche Schulstandorte zusätzlich zu den bestehenden sind bei dem GEBIT-Gutachten nicht näher untersucht oder beleuchtet worden. Deshalb schlagen wir folgende Möglichkeiten vor und bitten die Verwaltung darum, zu jedem einzelnen Vorschlag Stellung zu beziehen, ob und unter welchen Rahmenbedingungen eine schulische Nutzung dort evtl. ermöglicht werden könnte.

■ A.) Grundschulen

- die ehemalige Schule Hansastr. – heute DRK – als Grundschule
- das Gelände Vereins-/Uhlandstr. – heute untergenutzt für urban gardening – für eine Grundschule
- das gesamte Schulgelände des Teilstandorts Blötterweg der Grundschule Lierbergschule – heute mit Holzhäusern zur Flüchtlingsunterbringung belegt – für schulische Erweiterung der Grundschule
- Schulgebäude und –gelände an der Meißelstraße – vorgesehenen als vorwiegend Wohnbebauung in einem rechtsgültigen Bebauungsplan – als Grundschul-Teilstandort zumindest zu erhalten, ggfs. sogar auszubauen, anstatt ihn wie geplant aufzugeben

■ B.) weiterführende Schulen, speziell mögliche 4. Gesamtschule

- ex-Tengelmann-Gelände, jetzt „Parkstadt“-Vorhaben der Fa. Soravia
- AOK-Gebäude und –gelände in den Ruhrbania-Baufeldern 3+4, wobei ein fehlender Schulhof teilweise auf den nahen Grünflächen zwischen Nordbrücke und Gesundheitshaus sowie ex-Arbeitsamt – heute u.a. KI-Zentrale (kommunales Integrationszentrum) – eingerichtet werden könnte
- Gebäude und Gelände der ehemaligen Hauptschule Bruchstr., was zur Zeit für ausgelagerte Klassen des Otto-Pankok-Gymnasiums genutzt wird, solange die Bauarbeiten dort anhalten

■ C.) schulformunabhängig

Die große Containeranlage der bisherigen Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung an der Dümptener/ Neustadtstr. in Styrum soll ab September notfalls für bis zu 800 Flüchtlingsunterkünfte genutzt werden und **je nach Entwicklung der Flüchtlingsströme auch nach und nach bzw. teilweise parallel schulische Nutzungen ermöglichen. An welche Nutzungen ist bisher im einzelnen gedacht? Wäre es auch denkbar und sinnvoll, dort die u.E. unumgängliche 4. Gesamtschule anzusiedeln?"**



Hurra! Straßenbaubeitrag wird auch in NRW abgeschafft!

Erfolg der Volksinitiative "Straßenbaubeitrag abschaffen!":

Regierungskoalition verkündete das Aus für die umstrittene Abgabe

In nur noch 7 (inkl. NRW) der 16 Bundesländer müssen Straßenbaubeiträge bei Sanierung und Instandsetzung von den Anliegern (mit)bezahlt werden.

Beflügelt durch die Abschaffung der Beiträge in Bayern zum 1.1.2018 startete der Bund der Steuerzahler NRW im Herbst 2018 die sehr erfolgreiche Volksinitiative "Straßenbaubeitrag abschaffen", die auch von den MBI aktiv unterstützt wurde. Eine Volksinitiative verpflichtet den Landtag lediglich, sich mit einem Thema zu befassen; sie benötigt in NRW

66.000 Unterschriften innerhalb eines Jahres. Tatsächlich wurde die Initiative gegen die Straßenausbaubeiträge innerhalb eines halben Jahres über 400.000mal unterzeichnet. In dieser Situation entwickelte die CDU-FDP-Regierungskoalition leider nur einen Kompromissvorschlag mit bis zu 50%iger Landesbeteiligung, der dann im Nov. 2019 vom Landtag beschlossen wurde.

Volksinitiative: mitmachen - unterschreiben!

Straßenbaubeitrag
abschaffen!



"Floating homes" mit schwimmendem Radhotel an der MüGa?

Die MBI lehnen "floating homes" auf der Ruhr ab und auch der RP als Aufsichtsbehörde hat sich aus Hochwasserschutzgründen dagegen ausgesprochen. Der Rat wollte sich dem nicht anschließen und stimmte lieber den MBI-Antrag zu vorbeugendem Hochwasserschutz von der Tagesordnung. Und die Verwaltung ließ trotz der Hochwasserkatastrophe im letzten Juli einfach weiter planen!

Straßenblockade vor dem Ausländeramt völlig unnötig



An 3 Tagen die Woche gibt es lange Schlangen morgens zwischen 8 und 10 vor dem Mülheimer Ausländeramt, am Donnerstag auch nachmittags von 14 bis ca. 16 Uhr. Das ist so nicht erst durch die Ukraine-Flüchtlinge, sondern eine Folge der Corona-Beschränkungen, weshalb die Menschen nicht mehr drinnen warten dürfen. Viele Monate konnten die Radfahrer auf dem markierten Fahrradstreifen an den

Menschenschlangen vorbei radeln. Seit Anfang März wurde für sie dann eine Autospur mit Baken abgetrennt, damit die relativ wenigen Radler nicht auf die Menschenschlange achten und Rücksicht zu nehmen brauchen. Es ist nicht bekannt, dass es in der Vergangenheit in den Stunden der Schlangen überhaupt jemals zu Kollisionen gekommen ist. So entstand ein unangekündigtes Verkehrschaos, was auch noch dadurch verschärft wird, weil die Geradeaus-Ampel am Berliner Platz erst einige Zeit später Grün erhält als die Ampel Leineweber/Ruhrstr, von der Schlossbrücke aus. Weil die späteren Rechtsabbieger in die Friedrichstr. durch die Blockade bis vor der Sparkasse mit in der wartenden Autoschlange stehen müssen, reicht diese nicht selten bis zur Kreuzung Ruhrstr.. Wenn dann auch noch mehr als 1 Auto von der Schollenstr. kommend nach links in die Leineweberstr. will, wird des öfteren die gesamte Kreuzung blockiert. Die Verwaltung begründet das erzeugte Chaos mit den Ukraine-Flüchtlingen und verspricht Besserung durch ein Registrierungszentrum auf dem Kirmesplatz. Da spricht nichts gegen, doch das wird die Problematik nicht lösen, vielleicht etwas abmildern, weil die Schlangen nicht erst mit den Ukraine-Flüchtlingen auftraten. Deshalb die Kernfrage, ob es den Radfahrern nicht doch möglich sein sollte, in den Stunden der Menschenschlange auf dem doch recht breiten Bürgersteig halt vorsichtig zu fahren. Es ist ohnehin nur stundenweise, was über lange Zeit auch problemlos funktionierte, wobei die unnötige Schikanierung des Autoverkehrs aber ganztäglich besteht auch ohne wartende Menschenschlangen.

Nach 6 Wochen wurde die überflüssige Blockade Ende April endlich beseitigt!

"Legendärer" Fahrradaufzug am RS1 mal wieder kaputt!

Der Fahrradaufzug am Radschnellweg RS1 funktioniert aktuell wieder nicht. Es ist mal wieder Vandalismus der Grund. Und das Ersatzbauteil ist nicht vorrätig. Eine kurzfristige provisorische Reparatur, so die Stadt, sei aus Sicherheitsgründen nicht möglich. **Sofort wurde der Ruf nach einer weiteren Rampe am RS1 laut!**

Putin hat eine Zeitenwende herbeigebombt und eine epochale Wirtschaftskrise droht!

Putin und sein barbarischer Krieg hinterläßt eine Gewissheit schon jetzt: Aus dem militärischen Großangriff auf die ehemalige Sowjet- und „Bruder“-republik Ukraine („heim ins Reich“, auch wenn die Bevölkerung das nicht will!) ist längst ein globaler Wirtschaftskrieg geworden. Die Folgen werden insbesondere in Deutschland schwere Erschütterungen bewirken, eine nicht gerade unwahrscheinliche Kriegsführung mit Cyberattacken noch außen vorgelassen. Es sind nicht nur die Gas-, Kohle- und Erdgaslieferungen, von denen sich vor allem Deutschland in hohem Maße abhängig gemacht hat. Auch Nahrungs- und Düngemittelkrisen drohen epochale Folgen auch weltweit zu erzeugen.



Weil sich vor allem die deutschen Politiker nicht an der Realität, sondern an ihren Wünschen orientierten, verklärte sich ihr Blick auf Putin. Er ist sich und seiner Clique verpflichtet, nicht Europa oder Russland. Diese Einsicht kam den Abgeordneten erst jetzt mit Putins Angriff auf die Ukraine. Sie kam mindestens zehn Jahre zu spät. Von Öl und Gas über Nickel, Aluminium, Palladium usw. bis zu Weizen, Sonnenblumenöl, Mais u.v.m.: Die Rohstoffmärkte sind bereits in Aufruhr, die Angst vor

Versorgungslücken ist groß, die Preise schnellen in die Höhe. Und weitere Waren in den Supermärkten sowie Produktionsausfälle werden folgen.

Putin läßt zudem die Firmen aus „unfreundlichen Staaten“ konfiszieren und verstaatlichen. Milliardenverluste und –abschreibungen alleine der ca. 4000 deutschen Unternehmen mit Investitionen in Russland sind unausweichlich. Viele Millionen Ukraine-Flüchtlinge in der EU, dazu viele hunderttausende zusätzlich aus Russland und Belarus, sind riesige Belastungsproben auch in Deutschland, egal, ob ein Großteil evtl. nach Ende der Zerstörungsgorgien in die Ukraine zurückkehrt.

Nach einem wie auch immer gearteten Kriegsende werden irrwitzig hohe Hilfen zum Wiederaufbau erforderlich sein. Das wird dann größtenteils vom Westen getragen werden müssen, wie bei Syrien nach Putins „Sieg“ auch dort. Vorausgesetzt natürlich, dass insbesondere die EU und vorneg Deutschland dazu noch in der Lage sein werden.

Es kann einem schon Angst und Bange werden auch um die Zukunft hier, zumindest für einen nicht unbedeutenden Bevölkerungsteil. Es ist ja nicht so, als hätten wir auch ohne Putins Weltmachtambitionen keine Mammutaufgaben u.a. in Deutschland zu bewältigen gehabt, ob Bevölkerungsstruktur, Coronafolgen, Infrastrukturzusammenbrüche wie u.a. bei Brücken oder der Bahn, eine anschwellende Bildungskatastrophe, Parallelgesellschaften in immer größerem Maße und innere Zerfallsprozesse historischer Ausmaße (man bedenke nur die Kirchen, cancel culture usw.), eine hochgradig dilettantische und selbstzerstörerische Klimapolitik, eine ausgehöhlte, häufig kraftlose Demokratie u.v.m..

Von dem Versprechen der Ampel-Koalition „Mehr Fortschritt wagen“ wird absehbar wohl wenig Substantielles übrig bleiben, wenn man von ideologischem Quatsch wie Genderismus oder dem gefährlichen geschlechtlichen Selbstbestimmungsrecht von Kindern absieht.

Wie das demnächst weitergehen wird, weiß keiner. Nur soviel ist sicher:

Putins Bomben haben brachial eine Zeitenwende eingeläutet. Vieles wird als Folge auch bei uns nicht weiter bestehen können, gleichzeitig wird es große Krisengewinner geben, aber auch eine sehr große Zahl von Verlierern.

Russische Weltherrschaft angestrebt?

Dmitri Medwedew, der für Putin zwischen zwei Präsidentschaften dessen Stuhl im Kreml warm hielt, heute Vorsitzender der Partei Einiges Russland und stellvertretender Leiter des Sicherheitsrates, schwärmt bei Telegram davon, dass der Zusammenbruch der Ukraine den Weg für "ein offenes Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok" öffnen würde: Eine monströse Vision. Doch in der russischen Propaganda geht es nicht nur um die Ukraine. Russland will ein globales Bündnis gegen den Westen schmieden, dessen Ziel als "Entkolonialisierung" bezeichnet wird: "Von nun an wird Russland seinen eigenen Weg gehen, ohne sich um das Schicksal des Westens zu kümmern, und dabei auf einem anderen Teil seines Erbes aufbauen: der Führungsrolle im globalen Entkolonialisierungsprozess. In Syrien sieht man seit Jahren, dass hinter dieser Drohung nicht nur leere Worte stehen. Auch in Lybien, Mali, Venezuela u.a. sieht das ähnlich aus.